



Denken wir unser

Landleben neu!



Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
Tel.: 0711 2063-918
Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp.de

ViSdP: Dr. Jan Havlik, Pressesprecher

©istock/Roman Chekhovskoy
©istock/cokada
©istock/KeithBishop
©pixabay/Hans
©istock/Drazen_
©istock/deepblue4you
©pixabay/Prographer_
©istock/Jevtic
©istock/Tinnakorn Jorruang
©istock/metamorworks
©istock/piola666

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

»Inhaltsverzeichnis

Smartes Ländle – Denken wir unser Landleben neu!	3
5G-Mobilfunk muss in die Fläche!	5
Der Landesentwicklungsplan braucht ein Update!	7
Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum neu ausrichten!	9
Co-Working-Spaces und Homeoffice im Landesdienst!	11
Mehr Behördenstandorte auf dem Land prüfen!	13
Örtliche Einzelhändler zum virtuellen Marktplatz vernetzen!	15
Digitale Präzisionslandwirtschaft ermöglichen!	17
GeoBox-Infrastruktur – Datensicherheit, Datenhoheit und Vernetzung für die Landwirtschaft!	19
Telemedizin und Online-Sprechstunden ermöglichen!	21
Wald schützen mit „Waldläufern“ und Borkenkäfer-App!	23



Smartes Ländle – Denken wir unser Landleben neu!

Ob bei der Arbeit, beim Einkaufen oder in der Freizeit – die Digitalisierung durchdringt unser ganzes Leben. Bei einer derartigen technischen Revolution darf sich die Rolle einer Landesregierung nicht darauf beschränken, Förderbescheide für den Ausbau des Breitband-Internets zu verteilen und in den Klassenzimmern Kreidetafeln durch Tablets zu ersetzen. Wer die Digitalisierung wirklich begreift, der sieht, dass diese Entwicklung unsere Lebensweise räumlich und zeitlich vollends neu ordnet.

Im Zeitalter von Video-Konferenzen, Cloud-Computing und elektronischer Aktenführung wird eine permanente Anwesenheit im Büro ebenso entbehrlich wie das starre Arbeitszeitmodell aus dem zwanzigsten Jahrhundert. Mit der Digitalisierung des Landes ermöglichen wir die Chance, das Verhältnis zwischen Arbeitsplatz und Wohnort, Stadt und Land und somit Baden-Württembergs gesamte Raumordnung neu zu denken.

Anstatt die Infrastruktur nur so zu planen, dass täglich möglichst viele Menschen zur Arbeit in die Städte gelangen, können wir im Zeitalter von Digitalisierung, Energieeffizienz und Klimaschutz verstärkt darüber nachdenken, wie wir die Arbeit zu den Menschen auf das Land bringen. Mit Blick auf den Wohnungsmangel und die Verkehrsbelastung in den Großstädten sollten wir diese Chancen nicht ungenutzt lassen!

Auch das ländliche Ehrenamt könnte von mehr Wohnortnähe profitieren – von der Tagesbereitschaft der freiwilligen Feuerwehren bis zum Vereinsleben nach dem Feierabend. Unter dem Titel „Smartes Ländle – Denken wir unser Landleben neu!“ stellen wir Ideen vor, mit denen das Land bei Planung, Förderung, Infrastruktur und Arbeitsmodellen voranschreiten kann.

Ihr Klaus Hoher

Sprecher der FDP/DVP Fraktion für ländliche Räume



5G-Mobilfunk muss in die Fläche!

Wer kennt sie nicht, Baden-Württembergs Funklöcher? Das LTE-Netz deckt im Südwesten derzeit nur 83 Prozent der Landesfläche ab. Dies darf beim Mobilfunk der fünften Generation (5G), der ab 2020 kommen soll, nicht passieren. Denn das 5G-Netz wird die Schlüsselinfrastruktur für das „Internet der Dinge“, das neben der Zukunft von Verkehr, produzierendem Gewerbe und Mittelstand auch die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft bestimmen wird. Von Sensoren zur bedarfsgerechten Steuerung der Bewässerung oder zur Ermittlung von Erntebedingungen bis hin zu autonom arbeitenden Pflanzenschutzrobotern – mit 5G wird Zukunft machbar. Daher braucht es, anders als von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) kommentiert, eben doch „5G an jeder Milchkanne“!

Der Ausbau des Mobilfunk-Netzes ist Aufgabe der Netzanbieter und untersteht der Aufsicht der Bundesnetzagentur. Unser Antrag „5G-Mobilfunk in ländlichen Räumen und Landwirtschaft“ (Landtagsdrucksache 16/4882, Klaus Hoher u.a., FDP/DVP) hat aber zutage gefördert, dass es viele Hürden gibt, bei denen das Land mehr tun könnte als bisher.

So gibt es hierzulande besonders viele Bürgerinitiativen gegen Mobilfunkmasten. Während Grün-Schwarz bei der Windenergie unter dem Titel „Forum Energiedialog“ zwischen 2016 und 2018 ein Mediatoren-Team für 2 Millionen Euro beschäftigt hat, legt die Landesregierung bei Protesten gegen Mobilfunk die Hände in den Schoß. Auch könnte das Land bei der Suche nach geeigneten Standorten für Mobilfunk-Basisstationen mit einer groben Kartierung helfen, bei der auch die kommunale Infrastruktur verstärkt einbezogen werden sollte (z.B. Aufrüstung von Straßenlaternen zu sogenannten SmartPoles). Denn allzu oft scheitern neue Masten vor Ort an Natur- oder Denkmalschutz. Vor allem muss das Land den Breitband-Ausbau vorantreiben. Denn auch 5G-Basisstationen brauchen leistungsfähige Anschlüsse.

Dafür setzen wir uns ein:

- » Ausbau der Breitband-Anbindung für Mobilfunk-Basisstationen
- » Kartierung für mögliche Standorte von Mobilfunk-Basisstationen
- » Mediatoren-Team zur Aufklärung und Schlichtung bei örtlichen Protesten

Unsere Fachleute für die Zukunft des Mobilfunks:

Arbeitskreis Wirtschaft, Wohnungsbau und Arbeit



Gabriele Reich-Gutjahr, MdL



Prof. Dr. Erik Schweickert, MdL

Arbeitskreis Inneres, Digitalisierung und Migration



Prof. Dr. Ulrich Goll, MdL



Daniel Karrais, MdL



Der Landesentwicklungsplan braucht ein Update!

Im Landesentwicklungsplan (LEP) regelt das Land, welche Regionen ländliche Räume darstellen und wo städtische Verdichtungsräume beginnen. Diese Aufteilung ist wichtig für das verfassungsrechtlich verankerte Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse im Land zu fördern. Der LEP weist zudem Oberzentren, Mittelzentren und Entwicklungsachsen aus. Kurzum: Hier legt das Land fest, wo und in welche Richtung Siedlungsgebiete wachsen sollen und wie die Infrastruktur zu entwickeln ist. Deshalb sollte der LEP regelmäßig aktualisiert werden.

Baden-Württembergs geltender Landesentwicklungsplan indes stammt noch aus dem Jahr 2002. Die Energiewende steckte damals noch in den Kinderschuhen, bis zum großen Durchbruch der Smart Phones sollte es noch ein halbes Jahrzehnt dauern und der Begriff „Digitalisierung“ kommt im LEP überhaupt noch nicht vor. Die Dateninfrastruktur wird im Kapitel „Weiterentwicklung der Infrastruktur“ nur kurz angerissen – gemeinsam mit „Post- und Telefondiens-

ten“. Das Kapitel „Stärkung der regionalen Eigenkräfte“ wiederum geht auf die Chancen, welche die Digitalisierung für ländliche Räume bietet, gar nicht ein.

Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat 2017 in Ergänzung zu den „Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ das Schwerpunktthema Digitalisierung beschlossen. Andere Flächenländer schreiten bei den landesplanerischen Zielen der digitalen Daseinsvorsorge längst voran. Wir Freien Demokraten meinen, auch Baden-Württemberg braucht endlich einen zukunftssicheren LEP.

Dafür setzen wir uns ein:

- » Neuer Landesentwicklungsbericht mit Schwerpunkt Digitalisierung
- » Anschließende Neufassung des Landesentwicklungsplans

Unsere Fachleute für die Zukunft der Landesentwicklung:
Arbeitskreis Wirtschaft, Wohnungsbau und Arbeit



Gabriele Reich-Gutjahr, MdL



Prof. Dr. Erik Schweickert, MdL



Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum neu ausrichten!

Die von der Europäischen Union ko-finanzierten Förderprogramme wie das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR), LEADER oder EFRE weisen einen erheblichen Mittelumfang aus. Allein über das ELR bezuschusst das Land im Jahr 2019 Projekte mit Mitteln in Höhe von 75 Millionen Euro. Die Ausgestaltung der Programme halten wir jedoch für bürokratisch und kaum zweckmäßig (siehe dazu: Landtagsdrucksache 16/1554, Dr. Friedrich Bullinger, FDP/DVP, Ausgestaltung des Entwicklungsprogrammes Ländlicher Raum).

Das ELR hat die Schwerpunkte „Arbeiten“, „Grundversorgung“, „Gemeinschaftseinrichtungen“ und „Wohnen“. Grün-Schwarz hat zu Regierungsbeginn wegen der Wohnungsnot allein 50 Prozent der Mittel für den Schwerpunkt „Wohnen“ reserviert – zu Lasten der übrigen Schwerpunkte. Zudem hatte schon Grün-Rot den bürokratieintensiven Fördervorrang für „Schwerpunktgemeinden“ eingeführt, die sich einer umfassenden Entwicklungskonzeption verpflichten müssen.

Wir Freien Demokraten meinen: Die Immobilienmärkte in den Ballungsgebieten entlastet das Land nicht durch geförderten Wohnungsbau in ländlichen Gemeinden. Wer die Wohnungsmärkte der Großstädte entlasten will, sollte gerade bei den anderen drei Förderschwerpunkten ansetzen, um das Landleben attraktiv zu halten, beispielsweise durch Lösungen für Nahversorgungslücken oder die Förderung neuer Arbeitsformen (z.B. private Co-Working-Spaces für Selbstständige und Unternehmen).

Dafür setzen wir uns ein:

- » Mehr Geld für die ELR-Schwerpunkte „Arbeiten“ und „Grundversorgung“
- » Gezielte Förderung digitaler Arbeitsformen auf dem Land (z.B. Co-Working-Spaces)
- » Streichung des bürokratischen Fördervorrangs für ELR-Schwerpunktgemeinden

Unsere Fachleute für die Zukunft der ländlichen Räume:
Arbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz



Klaus Hoher, MdL



Rudi Fischer, MdL



Co-Working-Spaces und Homeoffice im Landesdienst!

Das Land Baden-Württemberg beschäftigt mehr als 315.000 Bedienstete. Auch wenn sich darunter fast 117.000 Lehrerinnen und Lehrer sowie mehr als 24.000 Polizeibeamte befinden, pendelt ein erheblicher Teil der Beamten und Angestellten des Landes täglich zu städtischen Dienststellen, um dort Tätigkeiten zu verrichten, die in Zeiten der elektronischen Aktenführung an sich nicht mehr ortsgebunden sind. Daraus folgen ein hohes Verkehrsaufkommen und eine hohe zeitliche Beanspruchung, was nicht zuletzt ehrenamtliche Tätigkeiten in ländlichen Wohnorten blockiert. Wir wollen Landesbediensteten daher das Recht einräumen, bei nicht ortsgebundenen Tätigkeiten tageweise auf das Homeoffice oder dezentrale Co-Working-Spaces umzusteigen, so wie es bei vielen privaten Arbeitgebern längst möglich ist.

Unser nördliches Nachbarland erprobt derzeit mit seinen „Hessen-Büros“, inwieweit sich die Idee von Co-Working-Spaces in den Landesdienst zu übertragen lässt. Anstatt unentwegt als Tagesfernpendler in die Großstädte des Rhein-Main-Gebiets zu fahren, können Landesbedienstete

dort wohnortnahe, behördenübergreifende Büroräume des Landes in ländlichen Mittelzentren aufsuchen. In unserer Großen Anfrage „Regionalisierung und Digitalisierung – Chancen für ländliche Räume und Landesentwicklung“ (Landtagsdrucksache 16/5223, Dr. Rülke, Hoher, Dr. Kern und Fraktion) haben wir die Landesregierung nach der Möglichkeit eines vergleichbaren Modellversuchs befragt. Grün-Schwarz verwies einzig auf private Co-Working-Spaces, aus denen sich möglicherweise noch Erkenntnisse ergäben, die sich irgendwann einmal auf die Landesverwaltung übertragen lassen. Wir Freien Demokraten finden, das Land sollte hier selbst vorschreiten und Modelle zur Stärkung ländlicher Standorte und zur Entlastung der großstädtischen Zentren entwickeln.

Dafür setzen wir uns ein:

- » Recht auf Homeoffice bei nicht ortsgebundenen Tätigkeiten im Landesdienst
- » Pilotversuch eines ressortübergreifenden Co-Working-Space-Büros für Landesbedienstete an einem verkehrsgünstigen Mittelzentrum

Unsere Fachleute für wohnortnahes Arbeiten im Landesdienst:
Arbeitskreis Inneres, Digitalisierung und Migration



Prof. Dr. Ulrich Goll, MdL



Daniel Karrais, MdL

Arbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz



Klaus Hoher, MdL



Rudi Fischer, MdL



Mehr Behördenstandorte auf dem Land prüfen!

Stuttgart und Karlsruhe leiden unter Flächenmangel, Wohnungsnot und Verkehrsüberlastung. Zugleich prognostiziert das Statistische Landesamt in vielen ländlichen Landkreisen bis 2035 eine schrumpfende Bevölkerung. Im Neckar-Odenwald-Kreis sowie in den Kreisen Freudenstadt und Rottweil ist demnach ein Bevölkerungsrückgang von mehr als 2,5 Prozent zu erwarten. Was auf den ersten Blick harmlos wirkt, wird sich abseits der Mittelzentren in den Dörfern verstärkt abbilden.

Derweil zeigen Bayern und Hessen, wie Länder mit einer Neuordnung von Behördenstandorten Strukturpolitik betreiben können. Bayern verlagert bis 2025 etwa 1.500 Vollzeitarbeitsplätze von München in ländliche Gebiete. Dies umfasst ca. 2.225 Beamte und Beschäftigte sowie 930 Studierende. Hessen wiederum schichtet etwa 500 Arbeitsplätze der Finanzverwaltung in bestehende ländliche Standorte um. Beide Länder flankieren diese Verlagerungen mit Maßnahmen, um sie für die Bediensteten und ihre Familien verträglich zu gestalten.

Und Baden-Württemberg? Auf unsere Große Anfrage, „Regionalisierung und Digitalisierung – Chancen für ländliche Räume und Landesentwicklung“ (Landtagsdrucksache

16/5223, Dr. Rülke, Hoher, Dr. Kern und Fraktion), hin erklärte Grün-Schwarz sinngemäß, Baden-Württemberg sei schon immer dezentral aufgestellt gewesen und könne von den Nachbarländern nichts lernen. Wir glauben eher, der Grund für die Zurückhaltung liegt woanders: die grün-geführten Landesregierungen haben es seit 2011 nicht geschafft, das Landesverwaltungsnetz bedarfsgerecht auszubauen. Etwa die Hälfte der insgesamt 1.351 Ports im Leitungsnetz der Landesverwaltung verfügt noch immer über eine Bandbreite von 16 Megabit pro Sekunde oder weniger. Das Land muss jetzt endlich seine Behörden vernünftig anbinden (siehe dazu: Landtagsdrucksache 16/5450, Ausschreibung des Landesverwaltungsnetzes durch die BITBW, Daniel Karrais u.a., FDP/DVP).

Dafür setzen wir uns ein:

- » Bedarfsgerechter Ausbau des Landesverwaltungsnetzes auf Basis einer FTTB-Glasfaserinfrastruktur
- » Vor kostenintensiven Sanierungen großstädtischer Landesliegenschaften Prüfung einer Standortverlagerung der Behörden in ländliche Gebiete

Unsere Fachleute für dezentrale Behördenstandorte:

Arbeitskreis Inneres, Digitalisierung und Migration



Prof. Dr. Ulrich Goll, MdL



Daniel Karrais, MdL

Arbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz



Klaus Hoher, MdL



Rudi Fischer, MdL



Örtliche Einzelhändler zum virtuellen Marktplatz vernetzen!

Der klassische Einzelhandel – von der Dorfmetzgerei und dem Handwerksbäcker bis hin zum örtlichen Schuh- oder Bekleidungsgeschäft – tut sich oftmals schwer mit der Konkurrenz neuer Vermarktungswege. Mobile Kundinnen und Kunden bevorzugen oftmals die Fahrt zum mehrere Kilometer entfernten Vollsortimenter oder nutzen gleich den Online-Versandhandel. Hier können virtuelle Marktplätze und App-gestützte Lieferdienste eine Lösung bieten, indem sie vorhandene Nahversorgungsangebote intelligent mit vorhandener Mobilität vernetzen. Landwirtschaftliche Direktvermarkter mit Lieferdienst oder ehrenamtlich betriebene Bürgerbusse können bei passenden Fahrten Teil einer bedarfsgerechten Logistik werden und auf ihren ohnehin vorhandenen Routen ländliche Abholstationen in den Ortskernen anfahren. Was mancherorts schon mit Pilotprojekten erprobt wird, sollte vom Land endlich gezielt gefördert werden.

Das bayerische Wirtschaftsministerium betreibt schon seit 2015 das Modellprojekt „Digitale Einkaufsstadt“, bei dem in ausgewählten Mittelzentren wie Coburg, Günzburg oder Pfaffenhofen Strategien und Best-practice-Beispiele digitaler Vermarktung entwickelt werden. Jeweils gemeinsam betriebene E-Commerce-Plattformen, kostenfreies WLAN in den Innenstädten und Lieferdienste bringen mehr Kundenbindung und Service-Reichweite in die Fläche. Schon im Oktober 2015 haben wir mit unserem Antrag „Digitale Einkaufsstadt Baden-Württemberg“ (Landtagsdrucksache 15/7608, Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a., FDP/DVP) auf die Chancen derartiger Angebote hingewiesen. Passiert ist seither jedoch nichts.

Dafür setzen wir uns ein:

- » Start eines Modellprojekts „Digitale Einkaufsstadt“ in ausgewählten Mittelzentren
- » Herausgabe einer E-Commerce-Handreichung für ländlichen Einzelhandel und Handwerk

Unsere Fachleute für ländlichen Einzelhandel:
Arbeitskreis Wirtschaft, Wohnungsbau, Arbeit



Gabriele Reich-Gutjahr, MdL



Prof. Dr. Erik Schweickert, MdL



Digitale Präzisionslandwirtschaft ermöglichen!

Mit Echtzeit-Kinematik-Spurführungssystemen ist es heute möglich, Saatgut sowie Dünge- und Pflanzenschutzmittel in höchstem Maße bedarfsgerecht und punktgenau auszubringen. Dies ermöglicht sowohl die Einsparung von Betriebsmitteln als auch eine erhebliche Verringerung von Umweltbelastungen. Voraussetzung dafür sind jedoch satellitenbasierte Korrektursignale wie der Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung (SAPOS). Dessen Hochpräziser Echtzeit-Positionierungs-Service (HEPS) arbeitet mit einer Genauigkeit von 2 cm.

Wenn diese digitale Präzision jedoch in der Fläche ankommen soll, brauchen die Landwirte einen gebührenfreien Zugang. Grün-Schwarz hat zwar 2019 ein Modellprojekt gestartet, das 100 ausgewählten Betrieben die Gebühren erlässt. Eine allgemeine Freigabe will die Landesregierung aber laut Auskunft von Minister Peter Hauk (CDU) frühestens im Rahmen des Doppelhaushalts 2020/2021 ermöglichen (siehe dazu: Landtagsdrucksache 16/5452, Freigabe

der Korrektursignale des Satellitenpositionierungsdienstes der deutschen Landesvermessung (SAPOS) für die Präzisionslandwirtschaft, Klaus Hoher u.a., FDP/DVP).

Zum Vergleich: Hauks rheinland-pfälzischer Amtskollege Dr. Volker Wissing (FDP) hatte schon Mitte 2017 eine Regelung durchgesetzt, wonach die Gebühren für SAPOS-HEPS im Falle landwirtschaftlicher Betriebe vom Land bezahlt werden. Auch Sachsen ist 2018 diesem Beispiel gefolgt, drei weitere Länder haben die Landwirtschaft teilweise von den Gebühren befreit und vier weitere Länder haben noch nie Gebühren für SAPOS erhoben. Baden-Württemberg würde eine Regelung nach rheinland-pfälzischem Vorbild etwa 1 bis 1,5 Millionen Euro pro Jahr kosten. In Anbetracht der zu erwartenden Entlastung von Böden und Grundwasser wäre dies aber sehr gut angelegtes Geld.

Dafür setzen wir uns ein:

» Gebührenfreiheit bei der Nutzung von SAPOS-HEPS durch die Land- und Forstwirtschaft

Unsere Fachleute für smarte Landwirtschaft:

Arbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz



Klaus Hoher, MdL



Rudi Fischer, MdL



GeoBox-Infrastruktur – Datensicherheit, Datenhoheit und Vernetzung für die Landwirtschaft!

Cyber-Attacken auf unsere Nahrungsproduktion? Laut einer Warnung des amerikanischen FBI von 2016 ist dies kein Science Fiction, sondern ein konkretes Risiko einer zunehmend digitalisierten Landwirtschaft. Netzabhängige Dienste könnten ebenso zur Zielscheibe werden wie die zentralen Daten-Clouds der großen Landmaschinenhersteller.

Nach dem Ernährungssicherstellungs- und Vorsorgegesetz steht der Staat in der Verantwortung, die Ernährungs- und Landwirtschaft auch im Krisenfall zu gewährleisten. Dazu zählt nach unserer Auffassung auch eine ausfallsichere Dateninfrastruktur, die mit offenen und standardisierten Schnittstellen auch zu einem funktionierenden Wettbewerb digitaler Dienstleistungen beitragen kann.

Eine solche Lösung bietet die sogenannte GeoBox-Infrastruktur, die derzeit das von Minister Dr. Volker Wissing (FDP) geführte Wirtschafts- und Agrarressort in Rheinland-Pfalz entwickelt. Sie setzt auf dezentrale Datenhaltung und ausfallsichere Anwendungen. Durch sie erhalten Landwirte unter anderem Zugang zu öffentlichen Geobasis- und

Wetterdaten. Derzeit gibt es bereits die visuelle Darstellung der georeferenzierten Informationen aus Geobasis- und Wetterdaten in Form des GeoBox-Viewers. Die weiteren Entwicklungen der GeoBox-Infrastruktur vernetzen die Betriebe über standardisierte offene Schnittstellen mit staatlichen und privaten Online-Dienstleistungen, halten die Daten des Betriebs jedoch nicht auf Cloud-Servern in Übersee vor, sondern auf einem hofeigenen Speicher (HofBox). Auf diese Weise bleibt der Landwirt stets Herr seiner Daten und ist weniger verwundbar. Wir meinen, dieses Projekt sollte auch für Baden-Württembergs Landwirte nutzbar gemacht werden (siehe dazu: Landtagsdrucksache 16/6784, Vernetzung, Resilienz, Cybersicherheit und Datenhoheit in der digitalen Landwirtschaft, Klaus Hoher u.a., FDP/DVP).

Dafür setzen wir uns ein:

- » Entwicklung einer dezentralen Dateninfrastruktur zur regionalen Vernetzung (Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz)
- » Gebührenfreie Bereitstellung landeseigener Geobasis- und Wetterdaten sowie von Online-Beratungsleistungen wie z.B. Witterungs- und Schädlingsprognosen

Unsere Fachleute für smarte Landwirtschaft:
Arbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz



Klaus Hoher, MdL



Rudi Fischer, MdL



Telemedizin und Online-Sprechstunden ermöglichen!

Die medizinische Versorgung ländlicher Räume wird auch im noch vergleichsweise dicht besiedelten Baden-Württemberg zusehends zur Herausforderung. Nicht nur die Bereitschaft junger Ärztinnen und Ärzte, sich auf dem Land mit einer eigenen Praxis niederzulassen geht zurück, auch neue Anforderungen an Arbeitszeitmodelle schreiten voran und lassen den klassischen Landarzt zur Seltenheit werden. Auch hier kann die Digitalisierung neue Chancen ermöglichen.

Digitale Telemedizin kann in vielen Fällen den Gang zum Arzt vor Ort ersetzen. Sie ermöglicht eine Steuerung und Entlastung der örtlichen Ärzte wie auch der Notfallpraxen. Insbesondere für chronisch kranke Menschen ermöglichen telemedizinische Anwendungen eine bessere Begleitung und Überwachung relevanter Gesundheitsdaten. Durch Video-Sprechstunden und den Einsatz von Versorgungsassistenten in der Hausarztpraxis (VERAH) können beispielsweise Hausbesuche und entsprechende Wegstrecken für Ärzte verringert werden. Auch die Vernetzung der Hausärzte mit Fachärzten kann digital optimiert werden. Hautärztliche Diagnosen sind schon heute möglich, indem der Hausarzt ein Bild

mit dem Teledermatoskop anfertigt und zur Erstellung einer validen Diagnose digital an einen Dermatologen übermittelt. Das alles hilft dabei, die Versorgungsqualität im ganzen Land zu sichern. Wir begrüßen beispielsweise auch das Modellprojekt „Ohne-Arzt-Praxis“ wie aktuell in Spiegelberg im Rems-Murr-Kreis, das durch einen Hausarzt in Oppenweiler dank telemedizinischer Unterstützung betreut wird.

Dafür setzen wir uns ein:

- » Aufnahme telemedizinischer technischer Ausstattungen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung
- » Eine leistungsfähige Telematikinfrastruktur, die anspruchsvolle telemedizinische Anwendungen überhaupt erst möglich macht
- » Moderne elektronische Gesundheitsakten für alle Bürgerinnen und Bürger, die wahlweise über die Gesundheitskarte oder kartenlos mit dem Smartphone genutzt werden können
- » Wiederherstellung der Attraktivität des Arztberufs. Denn wir wollen, dass in der ganzen Fläche des Landes für die Bürger trotz Telemedizin die Ärztin bzw. der Arzt des Vertrauens verlässlicher Ansprechpartner bleibt.

Unsere Fachleute für ein smartes Gesundheitswesen:
Arbeitskreis Soziales und Integration



Jochen Haußmann, MdL



Jürgen Keck, MdL



Wald schützen mit „Waldläufern“ und Borkenkäfer-App!

Die Dürrephasen der vergangenen Jahre haben unseren Wäldern sichtbar zugesetzt. Ohne ausreichende Wasserversorgung werden die Bäume anfällig und verlieren ihre natürlichen Abwehrkräfte gegen Schädlinge wie Buchdrucker, Kupferstecher, Lineatus und andere Borkenkäfer. Kommt es zu einem örtlichen Borkenkäferbefall, so ist es wichtig, das Käferholz so rasch wie möglich aus dem Wald zu befördern, damit sich die Kalamität nicht ausweiten kann. Wenn die Problematik aber in manchen Regionen derart um sich greift wie zuletzt, schaffen Waldbewirtschafter und Forstdienst es kaum noch, alle Käferbäume rechtzeitig zu registrieren.

Das Land Niedersachsen geht hier mit einer eigenen Borkenkäfer-App für das Smart Phone und der Schulung sogenannter „Waldläufer“ einen neuen Weg. Die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt in Göttingen hat Forstfachkräfte gezielt für das Aufsuchen von Schädlingsbefällen weitergebildet. In einem zweiten Schritt sollen diese Schulungen auch auf weitere Personenkreise ausgeweitet

werden, die dann als Waldläuferinnen und Waldläufer tätig sein können, beispielsweise waldliebende Spaziergänger, die auf diese Weise helfen können, den Wald zu schützen.

Wenn ein Waldläufer einen befallenen Baum entdeckt, kann er über die App seinen Standort melden. Im System gehen dann die Koordinaten des Käferbaums ein, so dass dieser dem Wald zeitnah entnommen werden kann. Da im Wald bekanntlich nicht überall Mobilfunknetz vorhanden ist, wird die App so entwickelt, dass sie auch offline mit hinterlegten Landkarten arbeiten kann. Wir meinen, mit dieser cleveren Idee sollten wir auch unseren Wald in Baden-Württemberg besser schützen (siehe dazu: Landtagsdrucksache 16/6759, Maßnahmen für den Schutz von Wald und Forstwirtschaft, Klaus Hoher u.a., FDP/DVP)!

Dafür setzen wir uns ein:

- » Schulung von Waldläuferinnen und Waldläufern durch die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Freiburg
- » Nutzbarmachung der „Borkenkäfer-App“ für Baden-Württemberg

Unsere Fachleute für smarte Forstwirtschaft:

Arbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz



Klaus Hoher, MdL



Rudi Fischer, MdL

Die FDP/DVP Fraktion freut sich auf Ihre Anregungen und Vorschläge.

Bitte wenden Sie sich an:

Klaus Hoher, MdL
stv. Vorsitzender des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
klaus.hoher@fdp.landtag-bw.de
0711 2063-9102

Rudi Fischer, MdL
Mitglied im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de
0711 2063 917

Dr. Lukas Braun
Parlamentarischer Berater
lukas.braun@fdp.landtag-bw.de
0711 2063-9001

FDP/DVP Fraktion
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-918
Telefax: 0711 2063-610
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de
Web: www.fdp-dvp.de

FDP/DVP Fraktion
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-918
Telefax: 0711 2063-610
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de



[@fdpdvp_bw](https://www.instagram.com/fdpdvp_bw)



[/fdpdvpfraktion](https://www.facebook.com/fdpdvpfraktion)



[@fdpdvpfraktion](https://www.twitter.com/fdpdvpfraktion)



www.fdp-dvp.de

FDP/DVP Fraktion
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

